

ISOR aktuell

Nr. 6 / 2002 ★ Infopreis: 0,00 Euro ★ Juni 2002

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

ISOR fordert erneut Rentengerechtigkeit ein

Wiederum wandte sich der Vorstand der ISOR e.V. mit Briefen an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien sowie an die Regierungschefs aller Bundesländer. In den Schreiben an die Parteivorsitzenden heißt es:

Im Vorfeld der Beschlussfassung zum 2. AAÜG-ÄndG im Deutschen Bundestag und im Bundesrat hat unsere Initiativegemeinschaft neben zahlreichen Sozialverbänden eine Reihe sachlich konstruktiver Vorschläge zur Beendigung der Rentenungerechtigkeit und der Versorgungsbenachteiligung gegenüber den Anspruchsberechtigten aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen, einschließlich einer gerechten Opferentschädigung, der Bundesregierung und den Fraktionen im Deutschen Bundestag unterbreitet.

Leider wurde mit Inkrafttreten des 2. AAÜG-ÄndG dem nicht gefolgt. Das Rentenunrecht wurde weiter aufrechterhalten, wenn auch auf gemildertem Niveau.

Inzwischen musste das Bundesverfassungsgericht erneut in dieser Sache aufgrund von Klagen Betroffener (Beschluss vom 21. November 2001, verkündet am 14. Februar 2002) den Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz feststellen und korrigierend eingreifen, - diesmal den Entzug von Dienstbeschädigtenrenten betreffend. Hinweise des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 28.04.1999, eine günstigere Lösung durch politische Entscheidung herbeizuführen, wurden missachtet und seinem Grundsatz nicht gefolgt, dass der Abbau von Überhöhungstatbeständen in den tatsächlichen Verhältnissen eine Entsprechung finden müsse, um dem Gleichheitsgebot nach Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz zu entsprechen. So waren wir gezwungen, die „tatsächlichen Verhältnisse“ durch namhafte Gutachter feststellen zu lassen, die ihrerseits bereits durch das Bundesverfassungsgericht und von Sozialgerichten bemüht worden waren und also als anerkannt gelten dürften.

Die Gutachten liegen der Bundesregierung seit September 1999 vor und wurden leider im Gesetzgebungsprozess zum 2. AAÜG-ÄndG ignoriert. Sie sind deswegen nunmehr Grundlage erneuter, vielfacher Klagen vor den Sozialgerichten in verschiedenen Bundesländern und werden letztlich dem Bundesverfassungsgericht zur erneuten Ent-

scheidung in der Sache vorliegen, von deren Ausgang im Interesse der Betroffenen wir letztlich überzeugt sind.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen und auf der Grundlage des Wahlprogramms Ihrer Partei wenden wir uns in dieser Sache an Sie. Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit auf eine Politik, die offensichtlich eigenständiger Entscheidung ausweicht. Wir halten es für bedenklich, wenn Grundfragen der Lenkung der Geschicke des Landes, zu denen nun einmal auch Grundrechtsgarantien nach Art. 3 Grundgesetz gehören - und zwar unbeschadet des Wohlwollens der jeweils Regierenden -, steigend nicht durch die kompetenten politischen Gremien getroffen, sondern durch Gerichtsentscheid erzwungen werden müssen.

Wir bitten Sie auch in Ansehung des hohen Alters vieler Betroffener um Unterstützung in diesem Anliegen.

Im Namen unserer 26.000 Mitglieder von ISOR e. V. suchen wir die Gelegenheit, in der Phase der bevorstehenden Bundestagswahl mit Ihnen ins Gespräch zu kommen, um das Nähere zur Lösung der noch bestehenden Probleme bei der Überwindung von Rentenungerechtigkeit und der Versorgungsbenachteiligung zu erörtern. Es sollte eine elementare Selbstverständlichkeit demokratischen Umgangs sein, diesem Wunsch zu entsprechen.

Wir erklären unsere unumschränkte Bereitschaft, an der Herstellung des Rechtsfriedens in dieser Sache aktiv und in jeder Beziehung sachlich und konstruktiv mitzuwirken.

Wir sehen Ihrem Vorschlag für einen alsbaldigen Termin zum Gespräch mit Ihnen entgegen.

(Über die Schreiben an die Regierungschefs der Länder berichten wir in der nächsten Ausgabe)

SPD mauert weiter

In einem Schreiben der PDS Mecklenburg-Vorpommern an ISOR e.V. Mecklenburg-Vorpommern vom 16. Mai 2002 heißt es u. a.: Der Stillstand in Sachen „Arbeitsgruppe AAÜG-ÄndG“ ist Anlass unseres Schreibens. Vor fast einem Jahr, am 1. Juni 2001, erklärte Ministerpräsident Ringstorff, dass „noch nicht alle bestehenden diskriminierenden Regelungen“ im Rentenrecht beseitigt sind. Weiterer Handlungsbedarf wurde ausgemacht. Um unsere Zustimmung zum Verfahren im Bundesrat zu erreichen, wurde eine Arbeitsgruppe „Rentenüberleitung“ versprochen.

„Versprochen-Gebrochen“ - so die nüchterne Bilanz unsererseits bis zum heutigen Tag. Wir haben uns seit dem Juni des letzten Jahres, in jüngster Zeit verstärkt, an unseren Koalitionspartner mit der dringenden Bitte gewandt, sich für die Arbeitsgruppe zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und dem Land einzusetzen. Denn, wie in „ISOR-aktuell“ im April bereits verdeutlicht, liegt es nicht an der PDS, dass es die Arbeitsgruppe nicht gibt, sondern am Unwillen der Bundesregierung, aber auch an den mangelnden Aktivitäten unseres Partners.

Wie anders ist zu erklären, dass Dr. G.Timm (SPD) am 9.4.02 in einem Schreiben an Sie mitteilt, dass der „SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern“ - „sich mit Nachdruck innerhalb der Partei für die Verbesserung des Rentenrechts“ einsetzen wird, und der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Tidick (SPD) am 5.4.02 (!) der Sozialministerin des Landes mitteilt: „Eine erneute entsprechende Bitte an das Bundeskanzleramt zu richten, ist jedoch weder zielführend noch erfolgversprechend. Aus diesem Grund kann ich Ihrem Ansinnen leider nicht folgen.“

Wir sind mit dieser Situation aufs Äußerste unzufrieden. Aus diesem Grund begrüßen wir nachdrücklich die von Ihnen gestartete Unterschriftenaktion.

Wir hoffen, dass sich alle ISOR-Mitglieder und Sympathisanten daran beteiligen. Es hilft uns in unserem Wirken und es ist wichtig für Politikglaubwürdigkeit.

Wir wünschen uns weiterhin eine zielorientierte, streitbare Zusammenarbeit. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg und würden uns freuen, wenn Sie diesen Brief den TIG im Land zur Kenntnis geben könnten.

Angelika Gramkow, MdL,
Fraktionsvorsitzende der PDS M-V
Peter Ritter, MdL, PDS-Landesvorsitzender

Protestkartenaktion in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich gestartet

Herzlichen Dank schon jetzt allen Mitgliedern unseres Vereins aus allen neuen Bundesländern und dem Land Berlin sowie den mit uns verbundenen Partnern, die die Aktion des Vorstandes, welche die Bildung der 2001 versprochenen Arbeitsgruppe zwischen der Landesregierung M-V und dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung zum Ziel hat, durch Übersendung der Protestkarten an eben die-

se Adressaten bereits unterstützt haben. ISOR aktuell berichtete bereits in den vergangenen Monaten über die Hintergründe. Aus der Schweriner Staatskanzlei war jedenfalls zu vernehmen, dass die Karten stapelweise eingegangen seien.

Nun gibt es bereits erste Reaktionen, die hoffen lassen, dass den Parteien der Regie-

► Fortsetzung auf Seite 2

► **Fortsetzung von Seite 1**
 rungskoalition in M-V scheinbar immer klarer wird, dass die Nichterfüllung der berechtigten Forderung Konsequenzen nach sich ziehen wird. Mit Spannung erwarten wir deshalb auch die Ergebnisse des Petitionsaus-

schusses des Landes, an den sich viele unserer Mitglieder ebenfalls gewandt haben. Auch wenn bisher noch keine Informationen zum jetzigen frühen Zeitpunkt aus dem Ministerium des Herrn Riester vorliegen, auch da bleiben wir weiter dran. *Siegfried Felgner*



Bei uns in Strausberg ist es bereits seit Jahren zur festen Praxis geworden, dass sich die Vorstände der Territorialen Initiativegruppe der ISOR e.V., der Kameradschaft ehemaliger Soldaten/Reservisten/Hinterbliebener Strausberg des DBwV und des BRH-Ortsverbandes Strausberg über die Ergebnisse und die weiteren Absichten ihres Wirkens in gemeinsamen Beratungen austauschen.

Die bevorstehenden Wahlen zum Deutschen Bundestag haben uns bewogen, unsere gemeinsamen Anstrengungen zu bündeln und dazu nachfolgende Erklärung zu unterzeichnen:

Gemeinsame Erklärung

Die Vorstände der Kameradschaft ehemaliger Soldaten/Reservisten/Hinterbliebener Strausberg des Deutschen Bundeswehrverbandes, der Territorialen Initiativegruppe der ISOR e.V. Strausberg und des BRH-Ortsverbandes Strausberg sind übereingekommen, im Zusammenhang mit den Wahlen zum Deutschen Bundestag 2002 die gemeinsamen Anstrengungen zu bündeln und durch geeignete Aktivitäten ihren spezifischen Beitrag zur Vollendung der deutschen Einheit zu leisten.

Die Bundestagswahl 2002 ist eine Richtungswahl von weitreichender Bedeutung für die neuen Bundesländer. Wenn sich Abwanderung und Überalterung fortsetzen, wenn sich Kaufkraftdefizit und Fachkräftemangel zu größeren Investitionshindernissen auswachsen, dürften wohl früher oder später neue Wellen von Arbeitslosigkeit und sich vertiefende Entwicklungsrückstände die Folgen sein.

Wir fragen:

1. Sind die Parteien bereit, Rahmenbedingungen für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zu schaffen?
2. Spiegelt sich deutsche Demokratie auch im fairen Umgang mit allen auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden demokratischen Kräften wider?
3. Sind die Parteien bereit, 12 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit, weitere substantielle Schritte zum Abbau der diskriminierenden Ost-West-Unterschiede in der Praxis durchzusetzen?
4. Wird es eine Anerkennung und einen fairen Umgang mit den Biographien und der Lebensleistung der Bürger der ehemaligen DDR geben?

5. Wird sich die Erkenntnis wieder durchsetzen, dass Krieg kein geeignetes Mittel zur Durchsetzung weder politischer noch ökonomischer Interessen ist?

Wir werden den Kandidaten zur Wahl des Deutschen Bundestages unsere Stimme geben, die sich glaubhaft und überzeugend für die Vollendung der deutschen Einheit auf politischem, kulturellem und sozialem Gebiet einsetzen.

Die Wahlprüfsteine, die in den Verbänden und Vereinen erarbeitet wurden, sollen unseren Mitgliedern Leitfaden im Gespräch mit den Kandidaten zur Bundestagswahl sein.

Im Sinne dieser Erklärung werden die Vereine gemeinsame Aktivitäten planen und durchführen sowie den gegenseitigen Austausch von Informationen weiter vervollkommen.

In Umsetzung dieser gemeinsamen Erklärung werden u.a. Veranstaltungen/ Gespräche mit den Direktkandidaten, Politikerinnen und Politikern vorbereitet und durchgeführt.

Die erste gemeinsame Veranstaltung werden wir im Juni mit dem Direktkandidaten der PDS im Bundestagswahlkreis 059, Herrn Amtsrichter Andreas Müller, durchführen.

Veranstaltungen mit den Direktkandidaten der SPD und CDU werden vorbereitet.

Horst Strohschein, Vors. TIG Strausberg

★

Ehemalige Weggefährten, Veteranen einiger früherer Rostocker Dienststellen, viele davon heute in ISOR organisiert, hatten zu einer Buchlesung Prof. Dr. Hellmann nach Rostock eingeladen, wo er aus seinem Buch „Mein erstes Leben, ein General der VP erinnert sich“, Zusammenhänge, Episoden, Erlebtes schilderte.

Obwohl der Autor aus seinem persönlichen Leben, eben seine erlebte Geschichte darlegte, erkannten die Anwesenden ihre eigene Biographie. Zum Schluß herrschte die Meinung, mit seinem Buch hat es Willi Hellmann überzeugend verstanden, viele ehemalige Angehörige in dem Glauben zu festigen, dass sie mit ihrer Arbeit für Ordnung und Sicherheit einen guten Dienst verrichtet haben, auf den sie mit Stolz und Aufrichtigkeit zurückblicken können. *Harry Zielke*

Am 19.04.02 führte die Gruppe Sächsische Schweiz der Kameradschaft Dresdens des DBwV mit dem Mitglied des Bundestages Klaus Brähmig (CDU) eine Versammlung durch, an der auch Mitglieder der TIG Pirna teilnahmen. Ziel der Zusammenkunft war festzustellen, wie das MdB Brähmig zu der erforderlichen Modernisierung der Bundeswehr, der sozialen Absicherung der Soldaten und der ehemaligen Angehörigen der NVA sowie dem noch bestehenden Rentenunrecht steht. Da der Gast zu den aufgeworfenen Fragen keinerlei kompetente Antworten geben konnte, wurde eine neue Zusammenkunft für Monat August festgelegt. Erstaunlich war, dass ein MdB so wenig über unsere Probleme wusste und zum Ausdruck brachte, dass sich zu einer Reihe von Fragen der Ehemaligen keine Mehrheiten in der Fraktion finden. In dieser Runde wurde aber auch deutlich, dass wir alle Möglichkeiten nutzen müssen, um unsere Probleme und Forderungen immer wieder und auf den verschiedenen Ebenen an die Politiker heranzubringen. Dabei spielt die Solidarität zwischen dem DBwV und ISOR eine wesentliche Rolle

*Helfried Biedermann, Vorsitzender TIG Pirna
 Siegfried Schatt, Gruppe Sächsische Schweiz*

★

Anlass unserer Versammlung am 27.4.2002 war das 10-jährige Bestehen unserer TIG Wittenberge-Perleberg. Allen Mitgliedern ist bewusst, dass der Hauptinhalt unserer Tätigkeit die Beseitigung des Rentenstraftrechts war und ist.

Gegenwärtig schreiben wir erneut Briefe an Politiker und Petitionsausschüsse entsprechend der Information vom September 2001. Und wir unterstützen die Unterschriftenaktion der Volkssolidarität zur Rentengleichung. Auch in Hinsicht auf die Bundestagswahlen arbeiten wir enger mit anderen Verbänden, so der GRH und dem DBwV zusammen. *Heinz Bleß*

★

Am 29. April informierten sich die Mitglieder von ISOR Stralsund über die Beratung vom 12.4.02 in Berlin-Biesdorf zu den weiteren politischen und juristischen Aufgaben im Kampf gegen das Rentenunrecht. Im Mittelpunkt standen dabei die politische Konzeption des ISOR-Vorstandes und die Arbeit mit den Wahlprüfsteinen in Vorbereitung der Bundestagswahl 2002.

Breite Unterstützung fand auch die von der Volkssolidarität ins Leben gerufene Unterschriftenaktion zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den Rentenwert West bis zum Jahre 2007. *Manfred Maul*

★

Die TIG der Kreisstadt Prenzlau hatte Markus Meckel (SPD), Mitglied des Deutschen Bundestages, für den er erneut kandidiert, eingeladen. Weitere Gäste waren Templiner ISOR-Mitglieder, der Vorsitzende des Prenzlauer BRH-

Ortsverbandes, Horst Kresin, und weitere BRH-Mitglieder sowie Hans-Jürgen Völtz, Mietereinsvorsitzender in der Kreisstadt.

Mit dem Blick auf die bevorstehenden Wahlen im September ging es natürlich vorrangig um die sozialen Belange der ISOR-Mitglieder.

Warum wurde von der Bundesregierung der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Spielraum für die 2. Änderung des AAÜG nicht für die endgültige Beseitigung von Rentenunrecht genutzt?

Wann und wie wird die Rentenungleichheit Ost-West aufgehoben? Und schließlich: Wie steht es denn mit der politischen Wertneutralität des Sozialrechts? Das waren einige Fragen und Probleme, zu denen das Forum Antworten von dem prominenten Abgeordneten erwartete, der schon zum dritten Male Gast unserer TIG war.

Markus Meckel erläuterte Standpunkte und vertrat persönliche Meinungen. Er fand aber nicht nur willige Zuhörer, sondern stieß bei manchen Antworten auf Unverständnis, er ließ Enttäuschung, auch Empörung aufkommen. Rentner hätten am meisten von der Vereinigung profitiert, meinte der Gast. Und weiter: Z. Zt. gäbe es im Bundestag, außer der PDS-Fraktion, wohl keine Partei, die erneut eine Änderung des AAÜG auf die Tagesordnung setzen würde. Da wir in einem Rechtsstaat leben, müsse jeder einzelne die gebotenen Möglichkeiten nutzen und sein Recht erstreiten.

Auf Zustimmung stieß der Gedanke von Markus Meckel, um Altersarmut vorzubeugen, die sich zunehmend im Osten abzeichnet, müssten gesetzliche Voraussetzungen für eine Mindestabsicherung, ohne Hürden des Sozialhilfegesetzes, in Kraft treten. Dafür wolle er sich in der kommenden Legislaturperiode einsetzen.

Horst Kresin vom BRH erklärte, dass es nach 12 Jahren der Vereinigung doch an der Zeit sei, einen Gleichstand bei den Ost- und Westrenten herzustellen. Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung innere Einheit. Für die ISOR-Mitglieder betonte H.-J. Möllenberg: „Wir werden weiter aktiv für unser Recht, für Rentengerechtigkeit kämpfen.“ Das Fazit dieser emotionsgeladenen Gesprächsrunde: Nachdenkend und auch mit einer Portion Enttäuschung trat manch Teilnehmer, fast alle im Seniorenalter, den Heimweg an; wohl auch mit dem Vorsatz, im September für den Kandidaten zu stimmen, der sich für gerechte soziale Interessen, auch für die der ISOR-Mitglieder, engagiert. *Benno Butschalowski*

★

Die diesjährige Zusammenkunft unserer TIG Wurzen zum 1. Mai fand in Canitz in der

neu eröffneten Ausstellung des Fördervereins mittleres Muldental e.V. statt. Sehr angetan waren alle Teilnehmer von der lehrreichen Dokumentation der Geschichte der Franken und Slawen, welche sich im Muldentalgebiet niederließen. Auch die Exponate der Gegenwart vermitteln einen interessanten und aussagekräftigen Eindruck. Der mit großer Sorgfalt angelegte Naturgarten und der Außenbereich bieten für die Allgemeinbildung einen wertvollen Schatz und laden zum Verweilen ein. Man kann diesen Ausstellungskomplex nur weiter empfehlen. Den Gestaltern, und Mitarbeitern möchten wir ein großes Kompliment für die fleißige Arbeit aussprechen. Im Gasthof Canitz klang unsere gemeinsame Zusammenkunft bei Kaffee und Kuchen aus.

Günter Volkmer



An der Maikundgebung des DGB im Stendaler Tiergarten nahmen mehr als 750 Stendalerinnen und Stendaler teil. Wir konnten über 120 Exemplare von ISOR aktuell an Interessenten verteilen. Außerdem wurden Unterschriften für die Aktion der Volkssolidarität gesammelt.

Der Vorstand teilt mit:

In einer außerordentlichen Sitzung am 05.06.2002 beriet der Vorstand zum Urteil des Bundessozialgerichts vom 20.12.2001. Prof. Dr. Wolfgang Edelmann erläuterte die sich daraus für die juristische Arbeit ergebenden Konsequenzen und machte darauf aufmerksam, dass sowohl der juristische als auch der politische Kampf durch immer neue Winkelzüge des herrschenden Systems erschwert werde.

Der Vorstand legte fest,

- dass es nach diesem Urteil besonders darauf ankommt, sowohl die juristische als auch die politische Konzeption zu erfüllen,
- dass die Mitglieder ständig und aktuell über Veränderungen im juristischen und politischen Kampf informiert werden.

Der Vorstand verabschiedete Briefe an die Vorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und an die Regierungschefs der alten und der neuen Bundesländer.

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 88. Geburtstag
Herta Bode, Magdeburg

zum 85. Geburtstag:
Hans Krüge, Berlin-Pankow
Emmi Müller, Neubrandenburg

zum 80. Geburtstag:
Ella Appelfeller, Berlin-Friedrichsfelde
Horst John, Berlin-Friedrichsfelde
Ernst Klück, Magdeburg
Irmgard Koch, Bad Saarow
Erich Kopp, Weißenfels
Heinz Leidert, Leipzig
Otto Löhns, Halle/S.
Elfriede Rosenkranz, Dresden
Irmgard Stephan, Jena
Gertrud Wahlich, Berlin-Treptow
Elli Wernicke, Berlin-Lichtenberg

zum 75. Geburtstag:
Hermann Bayer, Schwerin
Horst Berger, Halle/S.
Lothar Bitterlich, Dresden
Herbert Dietze, Borna
Erich Fitzner, Leipzig
Waltraud Förster, Berlin-Friedrichsfelde
Sonja Göllner, Berlin-Mitte
Rudi Gerlach, Berlin-Marzahn
Egon Heigel, Berlin-Treptow
Ingeburg Heinritz, Berlin-Friedrichshain
Siegfried Hilgendorf, Magdeburg
Ernestine Hubert, Bernburg
Ruth Illmer, Leipzig
Iris Janotto, Berlin-Mitte
Walter Kaden, Berlin-Karlshorst
Ilse Kohlheim, Blankenfelde
Fred Kretschmar, Dresden
Ruth Lemke, Bernsdorf

Günter Lewerenz, Berlin-Treptow
Gerhard Möller, Neubrandenburg
Herbert Patschorke, Berlin-Friedrichsfelde
Irmgard Riech, Chemnitz
Horst Schabroth, Potsdam
Heinz Schädlich, Plauen
Edeltraud Schrammbohmer, Neubrandenburg
Erika Schulze, Dresden
Günter Schulze, Berlin-Lichtenberg
Erhard Stieber, Berlin-Marzahn
Ilse Stiehler, Dresden
Vera Tenner, Berlin-Mitte
Inge Thiele, Chemnitz
Herbert Veik, Leipzig
Rolf Wallner, Leipzig
Gerhard Weber, Potsdam
Henry Widmaier, Plauen

Die AG Recht informiert

Notwendige Ergänzungen zu: „Rentenbescheide wegen Kürzung nach AAÜG angreifen“ (ISOR aktuell 5/02)

Die überraschende Entwicklung war Anlass, in ISOR aktuell 5/02 sofort Empfehlungen zu geben, wie vorsorglich auch gegen Rentenbescheide wegen der noch bestehenden Entgeltkürzungen nach dem 2. AAÜG-ÄndG vorgegangen werden sollte. Bei deren Umsetzung sind einige Fragen aufgetreten, auf die hier ergänzend eingegangen wird. Auch nach dem Urteil des BSG ist noch nicht abschließend entschieden, auf welchem Wege dem Bundesverfassungsgericht zulässig die Frage vorgelegt werden kann, ob die Begrenzung der Rentenansprüche der ehemaligen Angehörigen des MfS/AFNS verfassungswidrig ist oder nicht. Deshalb bleibt es dabei:

Jeder neue Entgeltbescheid des Bundesverwaltungsamtes sollte fristgemäß mit Widerspruch angegriffen werden. Folgt darauf ein Widerspruchsbescheid, muss ebenfalls fristgemäß Klage erhoben werden. Dabei gibt es noch keinen Grund, zu unterscheiden, ob der Fall als Musterverfahren geeignet ist oder nicht. Der Kampf darum, die als Musterverfahren nicht geeigneten Fälle zu Ruhen zu bringen, wird fortgesetzt.

Zusätzlich soll gegen jeden Rentenbescheid, nach dem eine Rente seit dem 01.07.2001 gezahlt wird, der Anspruch geltend gemacht werden, dass die damit verbundene Minderung des Rentenanspruchs wegen der Berücksichtigung von nach AAÜG gekürzten Arbeitsentgelten zurückgenommen wird.

Ergänzend dazu:

Der Zeitpunkt „ab 1.7.2001“ ergibt sich aus dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts an den Gesetzgeber, nach den Urteilen vom 28.4.1999 bis zum 30.06.2001 die gesetzlichen Regelungen zu ändern. Nach geltendem Recht ist bis zu diesem Zeitpunkt eine Rücknahme der Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte auf juristischen Wege nicht zu erreichen. Und der Gesetzgeber hat die ihm allein politisch zustehende Änderungsmöglichkeit schon verweigert. Juristisch ist also eine günstigere gesetz-

liche Regelung nur frühestens ab 1.7.2001 erreichbar. Was tatsächlich ab welchem Zeitpunkt und über 1,0 Entgeltpunkte hinausgehend erreicht wird, das wird durch das von uns angestrebte neue Urteil des Bundesverfassungsgerichts und durch die nachfolgende Gesetzgebung im Falle einer positiven Entscheidung des Gerichts bestimmt werden.

In einem laufenden Widerspruchsverfahren kann die Textempfehlung unter „Erstens“ in ISOR aktuell 5/02 selbstverständlich auch dann angewandt werden, wenn noch keine Aufforderung des Rentenversicherungsträgers vorliegt, sich zur Fortführung des Verfahrens zu äußern. In diesen Fällen ist nur der Eingangssatz zu ändern: „im laufenden Widerspruchsverfahren erkläre ich, dass der Widerspruch im Bezug auf den Bescheid vom ... (Datum des Bescheides einsetzen, nach dem die Rente ab 01.07.2001 gezahlt wird) fortgeführt wird.“ Dazu die Begründung, wie in ISOR aktuell 5/02 empfohlen.

Die unter „Zweitens“ in ISOR aktuell 5/02 gegebene Empfehlung trifft für die ehemaligen Angehörigen des MfS zu, die jetzt noch einen Bescheid über die Neuberechnung ihrer Rente für Zahlungszeiträume ab 01.07.2001 erhalten. Wenn der empfohlene Widerspruch auch gegen Bescheide eingelegt wurde, die die Rentenzahlungen z.B. für Zeiten bis zum 30.04.1999 umfassen, kann kein Nachteil entstehen. Allerdings sind - wie oben gesagt - vor dem 01.07.2001 mehr als 1,0 Entgeltpunkte juristisch nicht erreichbar.

Die unter „Drittens“ in ISOR aktuell 5/02 gegebene Empfehlung gilt selbstverständlich auch für alle Fälle, in denen noch nie Widerspruch gegen einen Rentenbescheid eingelegt wurde.

In den sogenannten E3-Fällen gilt alles vorher Gesagte grundsätzlich für die Rentenbezugszeit ab 01.07.1993.

In Fällen laufender Widersprüche oder Klagen gegen Rentenbescheide, die im Anwaltsbüro vertreten werden, ist eigene Aktivität nicht erforderlich. Die Anwälte sollten aber mit einer Kopie informiert werden, falls ein für Rentenbezugszeiten ab 1.7.2001 geltender Bescheid direkt zugeht oder bereits zugegangen ist. Es genügt dann die Kopie des Textteils des Bescheides und der Anlage 1.

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnung in Schleusingen/Thür.
Hausprospekt anf., Tel.: 036841-47598 oder
www.schleusingen.de/ratschererhoehe

★

Ferienwohnung Ostrau/Sächs.Schweiz
Tel.: 0350-2240474



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

RUDI BEHREND, Demmin
GERHARD BUCK, Berlin-Hohenschönhausen
WERNER BÜCHEL, Berlin-Friedrichsfelde
EDITH BUNTROCK, Potsdam-Babelsberg
PETER CZOPP, Berlin-Hohenschönhausen
KÄTE DRÖGSLER, Potsdam-Waldstadt
HANS-JÜRGEN HAAK, Erfurt
KARL HAUSNER, Gera
BENNO HAVRANEK, Berlin-Friedrichsfelde
GERLINDE HEYM, Suhl
CHRISTA HESSELBARTH, Berlin-Hohenschönh.
ALFRED HICKETHIER, Berlin-Lichtenberg
RUDOLF HORN, Büttow
JOACHIM KARL, Hohenmölsen
DIETER KLINGELSTEIN, Gera
HARTMUT KLOS, Berlin-Friedrichshain
ERICH KRAMER, Chemnitz
ERWIN KRETZSCHMAR, Chemnitz
LISBETH KUMMERLÖW, Plauen
WERNER LANGE, Erfurt
MARGOT LASCHINSKE, Berlin-Friedrichsfelde
OTTO LEWANDROWSKI, Saßnitz
GERTRUD LIEBSCHER, Berlin-Mitte
RICHARD LOHSE, Chemnitz
HORST MITTELSTEDT, Züssow
FRIEDRICH MÖLLERING, Berlin-Lichtenberg
MANFRED MÜLLER, Leipzig
KARL OERTEL, Chemnitz
SIEGFRIED OTTO, Berlin-Friedrichshain
HERBERT PIONTEK, Berlin-Treptow
WILLI RANDA, Berlin-Köpenick
FRITZ RAUTENSTRAUCH, Dresden
ROSA SCHUBERT, Dresden
ALFRED SCHWARZKOPE, Wolmirstedt
HANS SEUFERT, Berlin-Friedrichsfelde
THEOPHIL STOPPEL, Berlin-Prenzlauer Berg
SIEGFRIED THALHEIM, Berlin-Hohenschönh.
HEINZ VÖLLMER, Schönebeck
HELMAR WETZIG, Chemnitz
URSULA WÖLK, Berlin-Karlsborst
ROLF ZSCHERPE, Auerbach

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

Vf.S.d.P.: Friedrich Noll, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 5.6.2002

Einstellung im Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.
Satz u. Druck: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Weitergeben! ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ Weitergeben!